

Eine europäische Kampagne diskreditiert die Demokratie  
und die Opfer der NS-Diktatur

# Appell aus Österreich

**Alois Mock**

Zur Jahreswende 1999/2000 schien es so, als würde Österreich doch wieder eine Neuaufgabe einer Koalition von ÖVP und SPÖ erhalten. Das Regierungsprogramm war fertig ausverhandelt, als die Auseinanderentwicklung begann. Vom fünfköpfigen Verhandlungsteam setzte der Gewerkschaftsvertreter seine Unterschrift nicht unter das gemeinsam verhandelte Papier. Und schließlich war SPÖ-Vorsitzender Klima zu keinem Strukturwandel bei der Aufteilung der Regierungsgeschäfte bereit. Die SPÖ brach die Verhandlungen mit der ÖVP ab und schob ihr den schwarzen Peter zu. Indessen bot Klima FPÖ-Obmann Haider einen Deal an: Für eine Unterstützung einer SPÖ-Minderheitsregierung würden zwei bis vier Experten aus dem Kreis der Freiheitlichen Partei mit Ministerehren bedacht werden. Haider lehnte ab. Die FPÖ schloss einen Regierungsvertrag mit der ÖVP, die erstmals seit dreißig Jahren wieder den Bundeskanzler stellt. Auf der europäischen Landkarte, die eine mehrheitlich von Sozialisten regierte EU zeigt, ist Österreich „ausgeschert“, nämlich nichtsozialistisch regiert.

Ich selbst komme aus einer Familie, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurde und werde daher zeit meines Lebens gegen jedwede Form des Extremismus, ob von rechts oder links, auftreten. Für mich ist das Be-

kenntnis zur Demokratie und zu Europa das politische Fundament. Ich bin Ehrenvorsitzender einer Partei, deren Gründungs-väter in den Konzentrationslagern saßen, die der Sowjetmacht Widerstand leisteten und die dafür sorgten, dass Österreich trotz der sowjetischen Besetzung eine westliche parlamentarische Demokratie aufbauen konnte.

Die Österreichische Volkspartei hat sich immer für Europa als politisches Projekt eingesetzt und in der Europäischen Gemeinschaft nicht nur ein wirtschaftliches Bündnis, sondern vor allem eine Solidaritäts- und Friedensunion gesehen. Vor dreizehn Jahren hat sie die Initiative für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union ergriffen, und das zunächst gegen den Widerstand der Sozialistischen Partei. Die Österreichische Volkspartei ist, wenn sie in Zukunft den Bundeskanzler stellt und damit die Hauptverantwortung in der Regierung übernimmt, ein Garant für eine proeuropäische und demokratische Politik. Sie ist der Garant dafür, dass der EU-Vertrag eingehalten, die Politik der EU von Österreich vollinhaltlich – gerade auch im Bereich der Sicherheitspolitik – mitgetragen wird.

Der reibungslose Wechsel von Regierung und Opposition ist ein Wesensmerkmal der

Demokratie und ein Eckpfeiler der Grund- und Freiheitsrechte. Wir haben uns dazu immer bekannt und dies auch 1970, als die ÖVP nach 25 Jahren Regierungsverantwortung in die Opposition ging, praktiziert.

Der Versuch, durch eine internationale Kampagne, die leider von Österreich ihren Ausgang nahm, den demokratisch geäußerten Willen der österreichischen Wähler zu knebeln, muss mit aller Entschiedenheit abgewehrt werden.

Österreich hat vier Monate nach den Nationalratswahlen wieder eine neue Regierung, die auf einer breiten Basis im Parlament steht und die mit ihrem Regierungsprogramm auch dem Willen der breiten Mehrheit nach Reformen gerecht wird.

Bereits bei den ersten freien Wahlen kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entschieden sich die Österreicher mit einer eindrucksvollen Mehrheit von 95 Prozent für die Demokratie.

Mit dem in Österreich entwickelten und praktizierten Modell der Sozialpartnerschaft wurde das Land ein Vorbild an politischer und sozialer Stabilität. Das galt auch von 1966 bis 1987, da keine große Koalition das Land regierte, sondern der Regierung eine große Opposition gegenüberstand.

Österreich hat sich bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt mit einer mehr als 66-prozentigen Zustimmung wie kein anderes europäisches Land zur Europäischen Union und zur Verfassung dieser EU bekannt und mit seiner Politik in den letzten Jahren und Jahrzehnten Maßstäbe gesetzt: In Österreich sind links- wie rechtsradikale Parteigruppierungen verboten. Demonstrationen fanden nicht statt, und schon gar nicht gewalttätige von Neonazigruppen. In Österreich gab es zu keinem Zeitpunkt eine Regierung, die auf die Unterstützung einer

Kommunistischen Partei angewiesen war. Außerdem ist es ein mehr als ausländerfreundliches Land (in Wien leben achtzehn Prozent Ausländer) und in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Quote. 1956 nach der Revolution in Ungarn, 1968 nach dem Ende des Prager Frühlings und zu Beginn der achtziger Jahre während des serbischen Aggressionskrieges im ehemaligen Jugoslawien war Österreich Zufluchtsort für hunderttausende Flüchtlinge und ist für viele von ihnen Heimat geworden.

Es hat zehntausenden von jüdischen Auswanderern aus der früheren UdSSR vorübergehende Aufnahme oder auch Heimat geboten.

Österreich bekennt sich vollinhaltlich zum EU-Vertrag. Wie für jede andere demokratische Republik gilt aber auch, dass die Souveränität verfassungsgemäß beim Volk und nicht beim EU-Ministerrat oder anderen Institutionen liegt. Dieser Grundsatz hat unverändert Gültigkeit und erfordert allgemeine Akzeptanz. Österreich hat mit dem Beitritt zur Europäischen Union sogar einen Teil seiner Souveränität abgetreten und erwartet, dass damit pfleglich umgegangen wird. Es ist daher mehr als bedauerlich, dass ohne Wissen um die tatsächliche politische Situation und das konkrete Regierungsprogramm der derzeitige portugiesische Ratspräsident Guterres, „seine beiden Funktionen als EU-Ratspräsident und als Präsident der Sozialistischen Internationale verwechselt“ (Bernd Posselt) und eine grundlose Lawine von Verdächtigungen und Beschuldigungen gegenüber Österreich losgetreten hat. Es widerspricht auch dem rechtsstaatlichen Denken, dass Österreich von vornherein verurteilt und seiner Regierung nicht einmal die Möglichkeit gegeben wurde, seine Argumente vorzubringen. Dieser in-

quisitorische Stil bedeutet einen Rückfall in längst vergangene Zeiten und ist ein schwerer Schlag für das Ansehen der EU.

### **Regierungsfähigkeit und Reformkraft**

Das österreichische Volk hat bei den letzten Nationalratswahlen vier Parteien das Vertrauen gegeben. Gleichzeitig hat sich im Wahlergebnis der klare Wunsch der Bevölkerung nach tiefgreifenden Strukturreformen, nach einer Wende in der Regierungspolitik ausgedrückt.

Diesem Willen ist umso mehr Rechnung zu tragen, als sich alle im österreichischen Parlament vertretenen Parteien vorbehaltlos zu den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie und zum europäischen Einigungsprozess bekennen. Die ÖVP hat mit der bisherigen Regierungspartei SPÖ wochenlang an einem neuen Regierungsprogramm gearbeitet. Die SPÖ war aber letzten Endes nicht willig, sich dazu vorbehaltlos zu bekennen und auch Schritte zu einem Stilwandel in der Regierungsarbeit zu tun. Sie ist bis heute nicht bereit, die Verpflichtung aller EU-Staaten zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mitzutragen. Um die Regierungsfähigkeit des Landes sicherzustellen, hat daher die ÖVP mit der FPÖ Verhandlungen aufgenommen und ein substantielles Regierungsprogramm erarbeitet, nachdem sogar der Bundespräsident allen im Parlament vertretenen Parteien die Regierungsfähigkeit zugebilligt hatte.

Es ist nicht Aufgabe der ÖVP, die FPÖ zu verteidigen, aber es liegt im Interesse des Landes darauf hinzuweisen, dass die FPÖ keine faschistische Partei ist. Sie hat sogar den § 6 des EU-Vertrages wortwörtlich in ihrem Grundsatzprogramm stehen. Die ÖVP führt auch nicht die FPÖ erstmals in eine Regie-

rungsverantwortung; sie hat vielmehr bereits von 1983 bis 1987, allerdings zusammen mit der SPÖ, Regierungsverantwortung getragen, und 1970 konnte eine SPÖ-Minderheitsregierung nur dank der Unterstützung der FPÖ ihr Amt antreten. Damals hat kein sozialistisches Regierungsmitglied eines europäischen oder außereuropäischen Staates protestiert.

Vielleicht haben wir uns in den letzten Monaten zu sehr auf die Arbeit in der EU konzentriert und es verabsäumt, rechtzeitig über die innenpolitische Situation in Österreich zu informieren, Hintergründe und Zusammenhänge aufzuklären. Dadurch hat sich eine Kampagne entwickeln können, die auf mangelnden Informationen, auch auf Falschmeldungen beruht und die das Ziel verfolgt, ein Abbröckeln sozialistischer Macht mit allen Mitteln zu verhindern.

Ich appelliere an manche Freunde in der internationalen Dachorganisation der christlich-demokratischen, konservativen und Zentrums-Parteien, sich nicht aus vielleicht opportunistisch innenpolitischen Gründen blenden zu lassen. Die Volkspartei war immer eine Partei, die sich gegen jede Form des Extremismus, Antisemitismus und Rassismus gewandt hat.

Die Vorgangsweise, die der Präsident des EU-Rates und der Sozialistischen Internationale verkündet hat, ist nicht nur eine Beleidigung für das österreichische Volk, sondern auch für jene Österreicher, die in den Konzentrationslagern saßen, die nach Kriegsende die Wucht der sowjetischen Besatzungsmacht zu spüren bekamen und die Österreich zu einem freien und demokratischen Land aufgebaut haben. Die Wunden, die jetzt geschlagen werden, werden noch lange Zeit zu spüren sein. Sie müssen Anlass sein, in Zukunft ehrlicher und solidarischer für ganz Europa zu wirken.